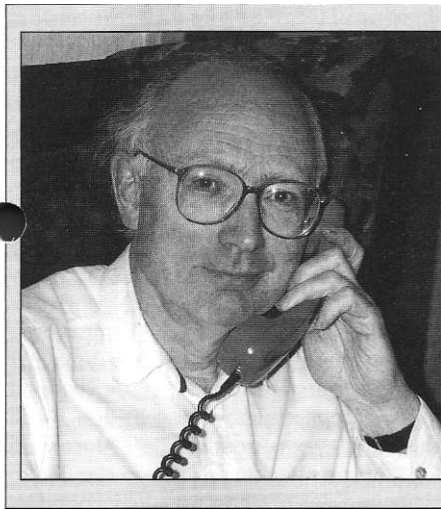


Neugierige Verbündete und desinformierte Bürger

Bernd Kallina sprach mit Hans-Helmuth Knütter, Bonner Historiker, Extremismusforscher und langjähriger Dozent an der Schule für Verfassungsschutz



Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter wurde 1934 in Stralsund geboren. Studium der Geschichte an der FU Berlin. Seit 1959 an der Universität Bonn tätig. Habilitation 1971. Seit 1972 Professor für Politikwissenschaft mit den Schwerpunkten „Politischer Extremismus, Zeitgeschichte und Politische Bildung“, im Ruhestand seit 1996. In den 80er und 90er Jahren Zusammenarbeit mit dem Referat IS 7 (geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus) der Abteilung „Innere Sicherheit“ des Bundesinnenministeriums. Jahrelang Gastdozent an der Schule für Verfassungsschutz.

Deutschland-Magazin: Die computervernetzten Informationsgesellschaften sind das neue Feld einer intensiven internationalen Spionage, auf dessen Feld es keine Freunde mehr gibt, schrieb unlängst der britische Geheimdienstexperte Philip Knigthley. Stimmen Sie ihm zu und ist die deutsche Gesellschaft darauf angemessen vorbereitet?

Knütter: Ich stimme Knigthley zu. Das Problem scheint mir bei uns folgendes zu sein: Während die politische Klasse im Großen und Ganzen über die Spionageaktivitäten fremder Staaten informiert sein dürfte, ist die Bevölkerung weitgehend desinformiert. Schon vor 1989 ist auf die bedrohliche Spionage seitens des Ostblocks hingewiesen worden. Nach 1989 wird jedoch von offizieller Seite weiterhin immer nur diese Spionage erwähnt, wobei sich deren Ausspäzihziele vom militärischen zum wirtschaftlichen Bereich verlagert haben. Das stimmt zwar, betrifft aber nicht nur die Staaten des ehemaligen Ostblocks, sondern auch den Westen, was jedoch offiziell verschwiegen beziehungsweise bagatellisiert wird.

Deutschland-Magazin: Erstaunlich, immerhin sagte Bill Clintons ehemaliger CIA-Chef R. James Woolsey: „Ja, meine kontinentaleuropäischen Freunde, wir haben euch ausspioniert.“

Knütter: Das Erstaunliche löst sich einfach auf: Der Amerikaner hat recht. Und wenn Ernst Uhrlau, Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt, sich gegenteilig äußert, kann man dies nur als Volksverdummung bezeichnen.

Deutschland-Magazin: Eine Art vorausseilenden Gehorsams des deutschen Bündnis-Musterschülers?

Knütter: Mag sein. Fakt ist: Die nach wie vor vorhandenen Souveränitätseinschränkungen der Bundesrepublik werden von unseren verantwortlichen Polit-Akteuren nicht gebührend herausgestellt und realistisch thematisiert. Beispiel „Echolon“. Diese US-Abhörinstitution, die ihre Deutschland-Filiale im bayerischen Bad Aibling hat, zeichnet sich ja dadurch aus, dass deutsche Behörden so gut wie keinen Einblick haben. Welcher andere souveräne Staat ließe sich so etwas gefallen? Und dann noch dazu dieser Eiertanz der Verschleierung deutscher Politiker und Beamten darum herum, wo alles doch offenkundig ist. Welchen Amtseid haben diese Damen und Herren eigentlich geleistet?

Deutschland-Magazin: Die Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder informieren seit den 60er Jahren die Öffentlichkeit mit sogenannten Verfassungsschutzberichten über extremistische oder verfassungsfeindliche

Bestrebungen von Gruppen und Personen. Warum tauchten in diesen Berichten die unzähligen verfassungsfeindlichen Äußerungen deutscher Politiker aus fast allen Lagern, die die Staatszielsetzung der alten Bundesrepublik - die Einheit Deutschlands in Freiheit - ablehnten, sogar leidenschaftlich bekämpften, nie auf?

Knütter: Das ist so zu erklären, dass diese Veröffentlichungen keine wissenschaftlichen oder um Objektivität bemühten Schriften darstellen, sondern primär parteipolitische Zwecke erfüllen. Infolgedessen werden Vorkommnisse, die das etablierte Parteienkartell gefährden könnten, nicht erwähnt. Das gilt jedoch nicht nur für massive Verletzungen des Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes durch viele deutsche Politiker bis 1989, sondern genauso für die Jungsozialisten, bei denen es eindeutig linksextremistische Fraktionen gab und noch heute gibt. Das gilt für einzelne Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das gilt für linksextrem ausgerichtete Teile der evangelischen Kirche.

Deutschland-Magazin: Sogenannte V-Leute des VS fielen laut Medienberichten der letzten Jahre immer wieder dadurch auf, daß sie latent rechtsradikale Gruppen gezielt radikalisierten und in eine extremistische „Qualität“ trieben. Kann das mit den gesetzlichen Grundlagen und Aufgaben einer demokratischen Geheimdienstbehörde in Einklang gebracht werden?

Knütter: Derartige Methoden sind mehr als problematisch, um es zurückhaltend auszudrücken. Die Staatssicherheit konnte ohne weiteres solche Methoden anwenden. Sie war offen parteilich, was ja der Verfassungsschutz nicht sein sollte. Hinzu kommt, daß sie möglicherweise sogar in rechtlicher Hinsicht nicht vertretbar sind. Man muss sich auch über folgendes im Klaren sein: V-Leute müssen ja, um ihren Auftrag- und Geldgebern gefällig zu sein, etwas „Gefährliches“ ans Licht bringen. Wenn sie nur über Belanglosigkeiten berichten und dann noch

melden, auf dem von ihnen beobachteten Gebiet tue sich nichts „Extremistisches“, es sei „alles in Ordnung“, dann können sie ja abgeschaltet werden und machen sich selber überflüssig. Deshalb besteht immer die Gefahr, daß V-Leute dadurch aus dem Ruder laufen, dass sie übertreiben oder eine extremistische Gefährdung erfinden.

Deutschland-Magazin: In Ihrem Buch über den Verfassungsschutz (*siehe Seite 10, die Redaktion*) kritisieren sie eine Schiefelage in der Wahrnehmung und Ahndung extremistischer Symbolstraf-taten oder Propagandadelikte. Eine hohe Anzahl rechtsextremer Straftaten erkläre sich auch dadurch, dass es nur in dieser Szene gesetzlich geregelte Propaganda-Delikte gebe, nicht jedoch im Bereich des Linksextremismus. Heißt das, vereinfacht gefragt: Hakenkreuz und Hitlergruß sind verboten, aber Hammer und Sichel erlaubt?

Knütter: Ja, das heißt es. Während es im rechtsextremen Bereich eine Palette von symbolisch-propagandistischen Äußerungen gibt, die gesetzlich verboten sind - vom „Sieg-Hel-Ruf“ über den ausgestreckten rechten Arm, den Hitler-Gruß, bis hin zum Hakenkreuz - fehlen solche Delikte für die Linksaußen-Szene völlig, obwohl es dort eine facettenreiche Symbolkultur gibt. Eine geradezu abenteuerliche Einseitigkeit. Die Blutstrecke von über 100 Millionen Toten des Weltkommunismus, auf die der Franzose Stephane Courtois in seinem „Schwarzbuch des Kommunismus“ erneut und eindringlich hinwies, bei Propaganda-Delikten werden sie ausgeblendet.

Deutschland-Magazin: Der Verfassungsschutz in NRW profiliert sich seit Jahren, indem er die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ als außerhalb des Verfassungskonsenses denunziert. Was allerdings als Begründung für „Rechtsextremismus“ genannt wird, haben renommierte Kritiker als „absurd“ zurückgewiesen. Und Sie, Herr Knütter?

Knütter: Bei der „Jungen Freiheit“ handelt es sich um ein patriotisches Organ von erheblicher intellektueller Bedeutung und Prägestärke. Darin eine Gefahr zu sehen, wäre doch nur dann berechtigt, wenn in diesem Blatt gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung agitiert würde, wenn in diesem Medium eine „aktiv kämpferische Haltung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ erkennbar wäre. Dies ist nicht der Fall.

Deutschland-Magazin: Auch konservative Historiker und deren Berichte

Deutsche Politiker boykottierten ungestraft deutsche Verfassungsziele

„Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht. Und es gibt wichtigere Fragen der deutschen Politik in Europa.“

Gerhard Schröder als SPD-Opportunistenführer in Niedersachsen am 12. Juni 1989 in „Bild“, heute Bundeskanzler des wiedervereinigten Deutschland

„Unerträglich wäre ... Sonntagsgereiderei, wonach die Wiedervereinigung vordringlichste Aufgabe bleibt. Das ist... Lüge, Heuchelei, die ... vergiftet, politische Umweltverschmutzung.“

Egon Bahr als Mitglied des SPD-Präsidiums am 13.12.1988 in der „Frankfurter Rundschau“

„Ein wiedervereinigtes Deutschland wäre für unsere Nachbarn ... nicht akzeptabel. Das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz wäre in seiner Konsequenz ein Unglück für das deutsche Volk. Ich kann mir nicht vorstellen, welchen Vorteil die Deutschen aus einer Wiedervereinigung hätten ...“

Joschka Fischer als grüner Fraktionschef am 27. 7. 1989 in einem Interview mit der „Bunten“, heute Bundesaußenminister des wiedervereinigten Deutschland

„Zusätzlich unterminiert das Wiedervereinigungsgebot alle Ansätze einer vernünftigen deutsch-deutschen Politik.“

Hans Eichel als hessischer SPD-Chef in „Wir in Hessen“ im November 1989, heute Bundesfinanzminister des wiedervereinigten Deutschland

„Wiedervereinigung wäre eine Rückkehr zum Alten. Jetzt wird aber ein Zukunftsmodell gebraucht.“

Johannes Rau am 30. November 1989 in der „Süddeutschen Zeitung“, heute Bundespräsident

gerieten ins Visier der Verfassungsschützer, weil Schriften aus ihren Federn als „revisionistisch“ eingestuft wurden. Wie gefährdet „Revisionismus im weiteren Sinne“ Bestand und Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Legaldefinition Artikel 73,10 GG)?

Knütter: Ich halte dieses Vorgehen bayerischer und baden-württemberger Verfassungsschützer gegen die renommierten Historiker Alfred Schickel und Joachim Hofmann für eine Einschränkung der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit. Und was den Revisionismus betrifft: Jeder wissenschaftliche Fortschritt beruht auf einer Revision bestehender oder scheinbar feststehender Erkenntnisse. Der Versuch, wissenschaftliche Erkenntnisse als für immer bestehend festzuschreiben, ist nicht nur wissenschaftsfeindlich, sondern auch gefährlich, denn das Gegenteil von Revision oder Revisionismus ist Stagnation.

Deutschland-Magazin: Der Vorwurf an revisionistische Historiker, die von Verfassungsschutzämtern in den Ruch des Rechtsextremismus befördert werden, lautet: Verharmlosung oder Relativierung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Andererseits koalitiert aber die älteste demokratische Partei in Deutschland, die SPD, auf Länderebene mit einer SED/PDS, die sich in ihrem Parteiprogramm zu den Vorzügen der Oktoberrevolution von 1917 bekennt, ohne dass es zu einem Aufstand der Anständigen in Politik und beim Inlands-Geheimdienst käme.

Knütter: Auch in dieser Hinsicht sind alle vernünftigen Maßstäbe durcheinandergeraten. Es wird in letzter Zeit so getan, als ob wir wie 1932 kurz vor einer rechtsextremen Machtübernahme stünden. In Wirklichkeit ist die Situation umgekehrt. Wir haben es seit vielen Jahren mit einer empirisch nachweisbaren Linksentwicklung zu tun. Und die PDS ist eine Partei, die durchaus Zweifel an ihrer Verfassungstreue in erheblichen Teilen ihrer Gesamtorganisation weckt. Sie steht in einer positiv bewerteten Tradition zur Oktoberrevolution, sie duldet die „Kommunistische Plattform“, die sich am verbrecherischen DDR-System orientiert. Das Personal der ehemaligen Staatssicherheit der DDR ist in der PDS noch breit vertreten und wird von ihr verteidigt, wenn es um die Bewältigung der SED-Vergangenheit geht.

Die Annäherung der SPD an die PDS signalisiert nur deren unbedingten Willen zum Machterhalt und sei es um den Preis einer Koalition mit den Kom-

munisten, die noch bis vor zehn Jahren die DDR totalitär beherrschten und mit ihrer Staatssicherheit jeden Demokratieansatz im Kern zerstörten. Die gleichzeitige Hetze „gegen rechts“ entspricht einer „Haltet-den-Dieb-Strategie“, mit der maßgebliche Teile der heutigen SPD von den eigenen Volksfront-Bündnissen mit Linksextremen ablenken wollen. Das ist der Hintergrund der gerade tobenden Anti-Rechts-Agitation. Sie zielt im Kern gegen die Unionsparteien, um die Herrschaft von Rot-Grün langfristig zu sichern.

Ich bin seit Jahrzehnten CDU-Mitglied und meine, die Union müsste endlich massiv gegensteuern und der Volksfrontstrategie mit einer Aufklärungskampagne begegnen. Die CDU-Führung fürchtet wohl, die ohnehin verlorene Meinungsführerschaft völlig zu verlieren, wenn sie sich nicht an der Anti-Rechts-Hysterie beteiligt. Also setzt sie sich an die Spitze der Bewegung, um ihr die Spitze zu nehmen. Anders läßt sich ihr würdeloses Verhalten bei der üblen Demonstration der „Anständigen“ am 9. November in Berlin nicht erklären. Trotz besserer Einsicht hat sie mitgemacht und sich blamiert. Denn die Veranstaltung richtete sich auch gegen sie selbst. Es gibt einige Einsichtige wie Roland Koch in Hessen und Steffi Schnoor in Mecklenburg-Vorpommern. Als Sozialdemokraten und Kommunisten 1946/47 die Entnazifizierung zu einer antibürgerlichen, künstlichen Revolution missbrauchen wollten, hat der damalige CDU-Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Arthur Sträter, die Union auf dem Parteitag von Neheim-Hüsten erfolgreich zum Widerstand aufgerufen. Die heutige CDU läßt sich hilflos von Rot-Grün und deren publizistischen Hilfstruppen mit der Faschismus-Keule einschüchtern. Sie ist aus eigener Schuld in die antifaschistische Falle getappt und wird aus ihr, wenn überhaupt, nur in kleinen Schritten wieder herausfinden.

Deutschland-Magazin: Halten Sie den jetzt von der Bundesregierung gestellten Antrag, die NPD zu verbieten, unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit für sinnvoll?

Knütter: Bei der NPD handelt es sich um eine 0,5 Prozent-Partei. Nun kann man sagen, dass eine Partei dieser marginalen Größenordnung noch verbotbar ist. Bei der PDS verhielte es sich dagegen schon anders, weiß sie Stimmenanteile von über 20 Prozent erreicht. Ein Verbotsantrag wäre nur über schwere innenpolitische Verwerfungen

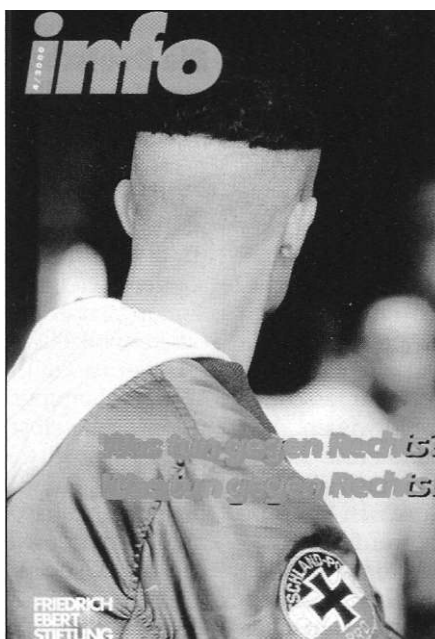


Steht Stern für selektiven Mut?

durchzusetzen. In einer Demokratie sollte eine Partei nur dann verboten werden, wenn tatsächlich Taten, die die Verfassung stürzen sollen, verübt werden. Angeblich liegen solche Beweise gegen die NPD vor. Bislang sind sie der Öffentlichkeit vorenthalten, also geheim gehalten worden.

Deutschland-Magazin: Auffallend ist, dass weit über 90 Prozent aller ausländischerfeindlichen Gewalttaten nicht von organisierten rechten Gruppen oder Parteien begangen wurden, vielmehr handelt es sich überwiegend um Jugendgewalt. Ist insofern ein Parteiverbot überhaupt ein geeignetes Mittel?

Knütter: Nein, es ist kein geeignetes Mittel, weil die Gewaltursachen im Wesentlichen anderswo liegen. Tatsächlich gibt es eine Brutalisierung unserer Gesellschaft. Die äußert sich zwar auch



im Bereich von rechts- oder linksextremen Gewalttaten, wobei fast ausschließlich über „rechte Gewalt“ berichtet und die „linke“ weitgehend unterschlagen wird. Doch gesamtgesellschaftlich spielt politisch motivierte Gewalt eine marginale Rolle. Hauptsächlich handelt es sich heute um eine unpolitische Jugendgewalt einer orientierungs- und erziehungslosen, in ihren Werten unsicheren Jugend.

Man sollte den Blick im Zusammenhang mit Gewaltprävention einmal auf die Medien, insbesondere das Fernsehen, richten. Ein Jugendlicher hat bis zu seiner Volljährigkeit im Fernsehen Tausende von Gewalttaten gesehen. So trägt dieses Medium zur Verrohmung und zur Erziehung zu Gewalttätigkeit bei, will das aber nicht wahrhaben und sucht die Schuldigen anderswo.

Deutschland-Magazin: Die Idee der wehrhaften Demokratie sei, so Ihre Argumentation, gut gedacht, aber schlecht gemacht. Was heißt das?

Knütter: Eine Demokratie muss Meinungs-, Wissenschafts-, Versammlungs- und Pressefreiheit achten und schützen. All das geschieht gegenwärtig in der Bundesrepublik tendenziell nicht. Das Versammlungsrecht, die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit sind zwar noch nicht abgeschafft, aber bedroht. Dabei spielen die Verfassungsschutzbehörden eine besonders unheilvolle Rolle, weil sie eine - trotz aller Erschütterung des Staatsbewusstseins - immer noch vorhandene Obrigkeitshörigkeit ausnutzen, um eine Sicherheitspolitik weit in das Vorfeld einer tatsächlichen Gefährdung zu verlegen. Sie fragen nicht, ob politische Kriminalität die freiheitliche, demokratische Grundordnung des Grundgesetzes beeinträchtigt, sondern sie bewerten Meinungen und Gesinnungen negativ. So maßen sie sich eine Kontrolle an, die ihnen nicht zusteht und die es nur in totalitären politischen Systemen gibt.

Deutschland-Magazin: Hat der Verfassungsschutz versagt?

Knütter: Durchaus nicht. Meine Kritik soll nicht den Eindruck erwecken als hätte er keine Verdienste. Sicher hat er vor 1989/90 eindeutig positive Funktionen gehabt, vor allem bei der Abwehr von Gefahren des Linksextremismus. Die KPD und die DKP waren Agenturen östlicher Feindmächte. Das wahre Ausmaß der kommunistischen Zersetzungsarbeit wird heute erst in Umrissen erkennbar. Der Verfassungsschutz beobachtete sie und dämmte Unpolitisches Wirken zu Recht ein.